Berliner Montagspost

unabhängig – für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit – 13. Juli

Nr. 14/15

Rote Karte gegen die EU-Diktatur

von H. Schrang

Die Griechen haben sich am Wochenende gegen das EU-Diktat entschieden, aber für ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit gestimmt.

Mittlerweile ist es hinlänglich bekannt, dass hinter der Euroeinführung die Bilderberger Gruppe stand. Ihre willigen Vollstrecker aus der Politik haben den Euro gegen den Willen der Bevölkerung aus der Taufe gehoben. Er war von Anfang an nur Mittel zum Zweck um den Superstaat Europa zu schaffen. Man wollte zeigen, dass man über gemeinsames Geld auch zum gemeinsamen Staat kommt. Doch dieses Projekt kommt jetzt massiv ins Wanken.

Dass der Euro niemals auf Dauer Bestand haben wird, wussten damals bereits viele Wirtschaftswissenschaftler, unter ihnen Prof. Dr. Wilhelm Hankel und Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider. Sie sprachen damals davon, dass mit dem Euro die Zahlungen an das Ausland steigen würden und eine europäische Währung mit einer einheitlichen Geld- und Zinspolitik nicht möglich sei. Sollte sie jedoch trotzdem auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden, würde dies zusätzliche Transferleistungen an das europäische Ausland verursachen. Sie sagten damals schon, dass mit dem Euro die Zahlungen an das Ausland steigen werden, weil in Süd-Europa die Produktivität weit unter der Deutschen liegt. Mehr hierzu in dem Bestseller „Die Jahrhundertlüge, die nur Insider kennen" [1]

Trotz der zunehmenden Euro-Skepsis in der Bevölkerung, wird dieser immer noch dogmatisch eingeredet: „Wenn der Euro scheitert, dann scheitert Europa". Deswegen muss alles unternommen werden, um Griechenland im Euro zu halten – so die offizielle Darstellung. In Wirklichkeit läuft einer der größten Schwindel der letzten hundert Jahre ab. Dabei wird immer noch der Anschein von Seiten der Politik erweckt, das Griechenland aufgrund der aufgezwungenen Sparmaßnahmen ihre Schulden zurückzahlen könne. Fakt ist aber, dass bereits im Sommer 2014 der griechische Finanzminister, Yanis Varoufakis, in einem ARD-Interview erklärte: „Die klugen Leute in Brüssel, in Frankfurt und auch in Berlin wussten schon im Mai 2010, das Griechenland niemals seine Schulden zurückzahlen wird. Aber sie haben so getan, als sei Griechenland nicht bankrott, sondern habe nur gerade nicht genug flüssige Mittel." Der griechische Finanzminister sagt damit den Deutschen direkt ins Gesicht, dass Milliarden Steuergelder verloren seien. Er führt weiter aus: „Die Deutschen haben schon viel zu viel Geld gegeben, aber es ist verloren, es ist in einem schwarzen Loch verschwunden, denn es ist niemals wirklich nach Griechenland geflossen, sondern es ist direkt an die Banken gegangen!". Die Bankenrettung sei als Griechenlandrettung verkauft worden.

Deswegen ist es auch weiterhin wichtig, dass die Bevölkerung über die Medien gegeneinander aufgehetzt wird. Und wenn man den neuesten Umfragen Glauben schenkt, dann scheint das auch zu funktionieren, denn die Mehrheit der Deutschen sieht einer Umfrage zufolge die Schuld für die jüngste Eskalation der Schuldenkrise bei der Regierung in Athen.

Erstaunlich ist, dass trotz des Erfolgs bei der Umfrage, eine der Schlüsselfiguren, Varoufakis, nun zurücktritt. Er erklärte, ihm sei klargemacht worden, dass er bei den Euro-Finanzministern als unerwünschte Person gelte. „Deshalb verlasse ich das Finanzministerium heute", sagte er. Wie es aussieht, ist er vielmehr zurückgetreten worden.

Wenigen ist aber bewusst, dass hinter den Bemühungen, Griechenland im Euro zu halten, die USA stecken. Laut Meldung der dpa machen sich die USA große Sorgen wegen der Finanzkrise in Griechenland. Die USA sehen nämlich schwerwiegende Folgen für die Südostflanke der NATO, sollte Griechenland aus dem Euroland ausscheiden. Schließlich wäre ein Schulterschluss mit Russland für die Amerikaner nicht tragbar. Mehr noch - ein Albtraum für Obama wäre der Gedanke, dass Putin seine Flotte in einem griechischen Hafen unterstellt.

Und deswegen muss im Interesse der USA Griechenland gerettet werden und im Euroraum verbleiben, koste es die Europäer, speziell den deutschen Steuerzahler, was es wolle. [2]

Alte Indianer Weisheiten

von J. Möbius

Arno Gruen ist ein deutsch-schweizer Schriftsteller, Psychologe und Psychoanalytiker. In seinem Vortrag, „der Fremde in uns", geht er auf die Frage ein, was uns dazu treibt andere zu bekämpfen. In den 48 Minuten erklärt er uns ausführlich seine Ansichten zu dieser Frage. Ab etwa Minute 9:40 erzählt er von der amerikanischen Anthropologin Gene Weltfish (Anthropologie kommt aus dem Altgriechischen und setzt sich zusammen aus anthropos: Mensch und logos: Rede, Wissen, Lehre), die die Pawnee Indianer (engl. ausgesprochen Po`ni) in Oklahoma / Nordamerika studierte. Dabei sammelte sie Erkenntnisse wie diese ihre Rolle in dieser Welt verstanden. Der Pawnee Indianer setzte sich sein eigenes Ziel, dass sein persönliches Geheimnis war. Er strebte nicht danach andere zu übertreffen, er wollte nur über seine eigene vergangene Leistung hinausgehen. Die Gemeinschaft zeichnete sich dadurch aus, dass es keine Befehle gab. Es gab weder eine Regel, einen Verhaltenskodex, noch Bestrafungen für Vergehen. Es gab weder Gebote noch moralisierende Sprichworte. Die Demokratie war für sie eine persönliche Sache. Im Grunde verstanden sie darunter, nicht zu etwas gezwungen zu werden und auch nicht das Bedürfnis zu haben einen anderen zu etwas zu zwingen. Diese Werte wurden ihm schon in der frühesten Kindheit vermittelt.

Es lohnt sich auf jeden Fall den ganzen Vortrag zu schauen. [3]

Es reicht, Martin Schulz!

von NRhZ/DL

„Martin Schulz hat die Katze aus dem Sack gelassen. Den europäischen Institutionen geht es in Griechenland um nichts anders als um ein Scheitern der demokratisch gewählten Regierung Tsipras. Ein Kompromiss mit Syriza war offensichtlich nie gewollt", erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch, zu Äußerungen des Präsidenten des Europaparlaments, der auf eine Ablösung der Regierung Tsipras durch Neuwahlen hofft und für die Zwischenzeit einer technischen Übergangsregierung das Wort redet. Bartsch weiter: „Offensichtlich war Martin Schulz` eigener Wahlkampf einer mit Übergangslosungen. Er hatte für ein Europa der Demokratie, nicht der Bevormundung geworben. Sein Geschwätz von gestern interessiert Martin Schulz nun nicht mehr. Diese direkte Einmischung in eine innergriechische Auseinandersetzung, der unverhohlene Angriff auf eine demokratisch gewählte Regierung ist eines Präsidenten des Europäischen Parlaments schlicht unwürdig. Es reicht, Martin Schulz!" [4]

Termine

Berliner Mahnwache
für den ersten Weltfrieden
20.7., 27.7., 3.8. & 10.8.
Potsdamer Platz
immer Montags 18 - 21 Uhr

BND an die Kette
18.7., 25.7., 1.8. & 8.8.
Südwestspitze der Zentrale
(Habersaathstraße)
Berlin
immer samstags 16 Uhr

3. Bundesweite Mahnwache
in Berlin
Samstag 29.8.
Auftaktkundgebung
Washingtonplatz
14 - 15 Uhr
Laufdemo
15 - 16 Uhr
Abschlusskundgebung
Potsdamer Platz
16 - 23 Uhr

Hat Heiko Maas da vielleicht etwas vergessen?

von F. Bilstein

Der Minister, unter anderem für den Verbraucherschutz, Heiko Maas hat seine Meinung aufgrund des Vorratsdatenspeicherungsgesetzes bekanntermaßen um 180 Grad gedreht. Das Gesetz zur Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten wird bald beschlossene Sache sein. Denn unsere derzeitige Regierung hält nichts von unseren Grundrechten und schränkt immer mehr davon ein. Das Gesetz umfasst 58 Seiten und ist qualitativ hervorragend ausgeführt. Wie von der SPD auch immer behauptet, berücksichtigt das Gesetz alle Anmerkungen des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes. Diese hatten das „alte" Vorratsdatenspeicherungsgesetz der EU aufgrund der langen Speicherfristen nicht akzeptiert. Im Gesetz ist auch festgehalten, das die Rechte aus Artikel 10 des Grundgesetzes eingeschränkt werden. Somit ist dieses Gesetz nicht wirklich angreifbar.
Doch da findet sich wohl doch noch eine kleine Lücke. Wie Ihr mittlerweile alle wisst, werden die Verkehrsdaten und Standortdaten bei Mobiltelefonen ab sofort gespeichert. Die Standortdaten für 4 Wochen und die Verkehrsdaten für 10 Wochen. Die Speicherung der Daten wird im Gesetz den Telekommunikationsunternehmen übertragen.
Und da kommen wir Bürger ins Spiel. Herr Maas hat nämlich ein Gesetz vollkommen vernachlässigt, welches nicht durch das Vorratsdatenspeicherungsgesetz eingeschränkt wurde:

§ 34 Bundesdatenschutzgesetz (Auskunft an den Betroffenen)

Der Bürger hat das Recht, auf Anfrage komplette Auskunft über alle zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.

Das wurde mir auf Anfrage bei Facebook sogar vom Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz bestätigt:

Billy Bilstein

„Einen schönen guten Morgen, können Sie mir bitte mitteilen, wie der §35 BDSG vom Bürger bei der Vorratsdatenspeicherung angewendet werden kann? In dem Gesetzesvorschlag ist dies nicht berücksichtigt worden.
Wird das Auskunftsrecht für uns Bürger demnächst auch abgeschafft, bzw. in Ihren Worten: EINGESCHRÄNKT?
Gruß eines mit Grundrechten aufgewachsenen Menschen, der diese Regierung mittlerweile als Diktatur einschätzen muss.
Über eine Antwort würde ich mich freuen..."

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

„Hallo Billy Bilstein, da Sie von Auskunftsrecht sprechen, gehen wir davon aus, dass Sie §34 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und nicht §35 meinen. Nach §34 BDSG hat jeder grundsätzlich das Recht zu erfahren, welche Daten zu seiner Person gespeichert sind. Dieses Auskunftsrecht hat einen hohen Stellenwert. Es soll dem Betroffenen die Möglichkeit der Prüfung eröffnen, ob die speichernde Stelle rechtmäßig Daten zu seiner Person verarbeit. Das Auskunftsrecht nach §34 BDSG besteht im Grundsatz auch gegenüber Telekommunikationsdienstanbietern. Der Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten sieht keine Änderungen der Regelungen des BDSG vor.

Grüße aus der Redaktion" [5]

Ramstein hautnah

von A. Szüts und B. Ott

Einige Boeing C-17 Militärtransportflugzeuge heben immer wieder nachts über unseren Zelten ab, welche nur wenige 100 Meter von der Air Base entfernt standen. Transporter die erst wenige Tage zuvor M1A2 Abrams Panzer von Ramstein nach Bulgarien einflogen, zum Einsatz bereit für die NATO-Übung „Power Shock". Ständig kreisende Hubschrauber, das Surren der Radarstation und weiterer Technik des Nato Luftwaffenhauptquatiers inmitten eines Unwetters ließen uns nicht vergessen was nicht weit von uns entfernt vor sich ging: Wir rüsten auf für den Krieg!
Genau dies ist der Ort an den der Wiederstand gehört! Friedlich wohlgemerkt, doch laut und unerschrocken zogen ca. 350 Menschen in Begleitung von einem viel zu großen Aufgebot an Mitmenschen in Uniform erst durch Kaiserslautern und anschließend mit „Begleitschutz" per Zug nach Ramstein-Miesenbach zum Platz der Streitkräfte. Dort fand ein Volksfest statt, auf dem die Bundeswehr und US-Streitkräfte u.a. ein Tornadomodell, eine Panzerhaubitze und Aufklärungsfahrzeuge präsentierten und für sich warben.
Ja, wir waren nicht viele, weit weniger als die Sicherheitskräfte der Polizei, doch wenn man bedenkt dass auch diese nur Mitmenschen in Uniform sind, dann waren wir so einige. [6]

Verlässt jetzt auch Österreich die EU?

von M. Klimke

Ende Juni erreichte, von der Öffentlichkeit wenig beachtet, die Petition, die den Austritt Österreichs zum Ziel hat, das notwendige Quorum.
261.259 Österreicher unterzeichneten für einen Austritt. In Österreich gilt eine Pettion als angenommen, wenn sie mehr als 100.000 Unterschriften erreicht. Jetzt muss sich das österreichische Parlament mit einem Austrittsreferendum beschäftigen. Initiiert hatte die Petition die Euroskeptikerin und ehemaligen Dolmetscherin Inge Rauscher. Rauscher nannte das Ergebnis „großartig" und erklärte in einer Pressemitteilung, dass das anstehende Referendum in Griechenland sowie die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation in Österreich der Petition zusätzliches Momentum verliehen hätten.
Auch die Briten werden bis spätestens 2017 über ihren Verbleib in der EU abstimmen, gab David Cameron erst kürzlich bekannt.
Kommt jetzt das Ende der Finanz- und Konzerndiktatur in Europa? Dann könnten wir endlich ein demokratisches und vereintes Europa der Regionen bauen, in dem vor Ort entschieden wird, mit wem man Handel treibt, was auf den Feldern angebaut wird, ob Fracking zugelassen wird und vieles mehr. Dafür sollten die Europäer auf die Strasse gehen. [7]

Politiker und Journalisten teilen sich
das traurige Schicksal,
daß sie oft heute schon über Dinge reden,
die sie erst morgen ganz verstehen.

Helmut Schmidt

Quellen: [1] shop.macht-steuert-wissen.de/Buecher/Die-Jahrhundertluege--die-nur-Insider-kennen.html
[2] Diesen Artikel haben wir mit Dank von der Seite „Macht steuert Wissen" übernommen - macht-steuert-wissen.de /artikel/235/rote-karte-gegen-die-eudiktatur.php
[3] youtube.com/watch?v=ND0nPdV3YKk
[4] Diesen Artikel haben wir mit Dank von der Neuen Rheinischen Zeitung übernommen - www.nrhz.de
[5] wertesehnsucht.de/da-hat-herr-maas-wohl-etwas-uebersehen/
[6] ramstein.af.mil/news/story.asp?id=123451717 – luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf
[7] rtdeutsch.com/24778/international/nach-dem-grexit-der-auxit-petition-fuer-eu-austritt-in-oesterreich-hat-erfolg/

Die Berliner Montagspost bitte mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Impressum:
Die Berliner Montagspost ist ein Organ der Berliner Montagsmahnwache und Ihrer Teilnehmer. Ihre Artikel erhält sie von Ihrer Leserschaft und aus dem Internetz. Sie erscheint jeden zweiten Montag und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.
Download:
www.mahnwache.info/index.php/inhalt/berliner-montagspost

Verantwortlich für den Inhalt:
Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser, sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. Berliner Montagspost-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wieder.
Redaktion:
Martin Klimke, Berlin

www.mahnwachen.info www.kenfm.de www.wearechange.org www.free21.org www.rtdeutsch.com www.rt.com www.n23.tv
www.nrhz.de www.mmnews.de www.nachdenkseiten.de www.ossietzky.net www.hinter-den-schlagzeilen.de www.wakenews.net